

28.09.2012

Werkstätten:Tag 2012: „Maßarbeit für alle“

Inklusion muss allen Teilhabechancen bieten

(Freiburg) Arbeit gestalten – für eine inklusive Gesellschaft. Das war das Thema des 12. Bundeskongresses der Werkstätten für behinderte Menschen vom 26. bis 28. September 2012. Rund 2.500 Kongressteilnehmer waren zum Zukunftsforum nach Freiburg gekommen.

Werkstätten sind mehr als ein Gebäude oder eine Produktionsstätte. Sie bieten individuelle Unterstützungsleistungen, eben Maßarbeit für alle. „Wir sind große Spezialisten darin, Arbeitsschritte zu zergliedern, so dass Arbeit für alle Menschen da ist“, erklärte Martin Berg, stellvertretender Vorstand der Bundesarbeitsgemeinschaft der Werkstätten in seiner Begrüßungsrede. Die Zukunft liege darin, „Menschen in ihrem Arbeitswunsch zu unterstützen, egal wo sie arbeiten wollen. Wesentliche Voraussetzungen dafür sind Bildung und Qualifizierung“, so Berg. Das könne über Kooperation und Netzwerke gut gelingen.

Die Interessen der beschäftigten Menschen mit Behinderung vertrat Andreas Bollmer, der Vorsitzende der Bundesvereinigung der Werkstatträte. Er betonte: „Werkstatt ist mehr als nur ein Arbeitsplatz“. Darüber hinaus sei der allgemeine Arbeitsmarkt für Menschen auf psychischen oder geistigen Behinderungen noch nicht eingerichtet. Für ihn bedeute Inklusion, dass „jeder selbst entscheiden kann, wo der beste Platz für ihn ist, ob in einem Unternehmen des allgemeinen Arbeitsmarktes oder in einer Werkstatt für behinderte Menschen“.

Der Präsident des deutschen Caritasverbandes, Dr. Peter Neher, stellte die Frage, wie die Existenzberechtigung von Werkstätte zur Diskussion gestellt werden könne, wenn „die Alternative sichere Arbeitslosigkeit bedeute“. Bislang sichern Werkstätten, dass Menschen mit Behinderung überhaupt am Arbeitsleben teilnehmen können. Darüber hinaus ermöglichen sie die selbstbewusste Beteiligung von Menschen mit Behinderung. Zentral sei, immer wieder „genau zu schauen, wo sind die Potentiale eines Menschen, um ihm einen Platz auf dem ersten Arbeitsmarkt zu ermöglichen“, so Neher.

Ulrike Mascher, die Vorsitzende des Deutschen Behindertenrates, stellte klar: „Unsere Gesellschaft braucht Werkstätten für behinderte Menschen. Sie sind unverzichtbar und nicht wegzudenken, weil sie etwas bieten, das private und öffentliche Arbeitgeber nicht bieten – auf individuelle Fähigkeiten angepasste Beschäftigungschancen.“ Sie äußert die Sorge, dass anhand knapper öffentlicher Kassen Werkstätten in ihrer Entwicklung eingeschränkt werden. „Wir dürfen nicht zulassen, dass soziale Errungenschaften weggespart werden“, so Maschers

Pressekontakt:

Claudia Fischer
Bundesarbeitsgemeinschaft
Werkstätten für behinderte Menschen e. V.
Sonnemannstraße 5
60314 Frankfurt am Main
Telefon 0 69 – 94 33 94 35
c.fischer@bagwfbm.de

Veranstalter:



BAG
WfbM
Bundesarbeitsgemeinschaft
Werkstätten für behinderte Menschen e.V.

In Kooperation mit:



LAG
WfbM
Landesarbeitsgemeinschaft der
Werkstätten für behinderte Menschen
Baden-Württemberg e.V.



Appell. Zum Thema Übergang auf den allgemeinen Arbeitsmarkt forderte sie die Möglichkeit einer Rückkehr in die Werkstatt ohne Verluste sozialrechtlicher Ansprüche.

Das begrüßte auch Peter Clever, Mitglied der Hauptgeschäftsführung der Bundesvereinigung der deutschen Arbeitgeberverbände (BDA). Eine Rückkehrmöglichkeit ermutige Arbeitgeber, mehr Beschäftigungsverhältnisse einzugehen. Seit seinem zweiten Besuch in einer Werkstatt stellte sich Clever die Frage, „weshalb die Qualifikation und Leistung der Menschen in Werkstätten nicht mit einer Urkunde ausgezeichnet werde?“ Die noch bestehenden Blockaden sollten überwunden und die Kammern von Teilzertifikaten überzeugt werden.

Der Präsident des Bundessozialgerichtes, Peter Masuch, sprach über die Handlungsrichtlinien, die aus der UN-Konvention über die Rechte behinderter Menschen folgen. Die UN-Konvention fordert in Artikel 27 einen offenen Arbeitsmarkt, auf dem Menschen mit und ohne Behinderung tätig sind. Er rät, zu hinterfragen, was ist mit Arbeit gemeint ist. „Arbeit ist eine Größe, die Würde vermittelt und den Menschen Kraft gibt. Es kommt nicht auf den wirtschaftlichen Wert an, sondern auf den sinnstiftenden Charakter, den Arbeit hat“, führte Masuch aus. Deswegen sollte jeder Mensch, Zugang zu Arbeit haben – auch wenn er dabei Unterstützung oder eine andere Arbeitsstruktur brauche.

Der Medienwissenschaftler und Philosoph Prof. Dr. Norbert Bolz ist überzeugt, dass die Produktivität des Sozialen in naher Zukunft als zentraler Wert erkannt wird. Analog zu Ökologiebewegung vor 30 Jahren werden Ökonomie und soziales Handeln keine Gegensätze mehr darstellen. Es brauche ein neues gesellschaftliches Verständnis, das „das Soziale als Produktionskraft versteht“. Bereits heute müssen sich Unternehmen und Organisationen auch als soziale Akteure bewähren – „Profil vor Profit“. Über die Reputation entscheiden soziale Netzwerke, die Fehlverhalten transparent machen.

Dr. Heiner Geißler forderte eine neue Form der Aufklärung. Die Ökonomisierung unserer Gesellschaft habe alle gesellschaftlichen Bereiche durchdrungen. Aus dieser Perspektive werde der Mensch, der auf Unterstützung angewiesen ist, vorrangig als Kostenfaktor gesehen. Der erste ethische Grundsatz von Wirtschaft und Politik müsse jedoch sein, jeden Menschen in seiner Würde anzuerkennen. Den Besuchern des Werkstätten:Tages gibt Geißler den Rat: „Sie können in der Politik, nur etwas erreichen, wenn Sie Krach machen, wenn Sie Streit anfangen. Lassen sie sich nichts gefallen, streiten Sie für Ihre Ziele.“

„Inklusion muss allen Teilhabechancen bieten“, schloss der BAG:WfbM-Vorstandsvorsitzende Günter Mosen. „Die Gruppe der Menschen mit schweren Behinderungen darf nicht rausfallen“. In Werkstätten könnten Menschen mit und ohne Behinderungen arbeiten. Von den Strukturen könnten weit mehr Menschen profitieren, die bislang von der Arbeitswelt ausgeschlossen sind. „Wir können in den nächsten fünf Jahren Arbeitsperspektiven für 30.000 Menschen schaffen“, so Mosen, beispielsweise Projekte für Langzeitarbeitslose.